S 20 R 1735/20

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Freistaat Thüringen

Sozialgericht Sozialgericht Nordhausen

Sachgebiet Rentenversicherung

Abteilung 20 Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 20 R 1735/20 Datum 18.01.2024

2. Instanz

Aktenzeichen -Datum -

3. Instanz

Datum -

Der Bescheid der Beklagten vom 12.03.2019 in Fassung des Widerspruchsbescheides vom 05.12.2019 wird aufgehoben und die Beklagte verpflichtet, dem KlĤger Rente wegen voller Erwerbsminderung ab 01.03.2020 in gesetzlichem Umfang zu gewĤhren.

Die Beklagte trägt die notwendigen auÃ∏ergerichtlichen Kosten des Klägers.

Tatbestand

Streitig ist eine Rente wegen Erwerbsminderung.

Der 1987 geborene Kläger beantragte am 26.02.2020 bei der Beklagten eine Erwerbsminderungsrente.

Die Beklagte zog diverse medizinische Unterlagen bei und lehnte mit Bescheid vom 28.04.2020 den Antrag des KlĤgers ab. Dagegen legte der KlĤger am 15.05.2020 Widerspruch ein. Mit Widerspruchsbescheid vom 24.11.2020 wurde der Widerspruch nach Einholung eines Gutachtens auf internistisch-hĤmatologisch-

onkologischem Fachgebiet als unbegründet zurückgewiesen, da nach dem Ergebnis der medizinischen Ermittlungen bei dem Kläger noch ein Leistungsvermögen für leichte Tätigkeiten mit weiteren Einschränkungen für mindestens 6 Stunden täglich vorliege.

Hiergegen hat der Kl \tilde{A} $^{\mu}$ ger am 28.12.2020 Klage erhoben. Er f \tilde{A} $^{\mu}$ hrt an, dass aufgrund der Gesamtheit der diagnostizierten Erkrankungen eine Arbeitsf \tilde{A} $^{\mu}$ higkeit nicht mehr gegeben sei.

Der KlĤger beantragt,

den Bescheid der Beklagten vom 28.04.2020 in Fassung des Widerspruchbescheides vom 24.11.2020 aufzuheben und die Beklagte zu verpflichten, dem KlĤger Rente wegen voller, hilfsweise teilweiser Erwerbsminderung im gesetzlichen Umfang ab Antragstellung zu gewĤhren.

Die Beklagte beantragt,

die Klage abzuweisen.

Die Beklagte verweist auf ihre Bescheide.

Das Gericht hat Befundberichte von F und N beigezogen.

Ferner wurden ein psychiatrisch-psychosomatisches Gutachten bei B und ein internistisch- rheumatologisches Zusatzgutachten bei L, sowie ein immunologisches Gutachten bei K eingeholt.

Nach dem Gutachten von L vom 04.05.2021 bestehen folgende Gesundheits \hat{a} \parallel st \tilde{A} \parallel rungen:

- 1. Arthrose des linken Handgelenks bei Linkshändigkeit, Aktivierung als autoimmune Disregulation bei Diagnose 2
- komplexe Variable ImmunschwĤche (CVID complex variable immundeficency) mit Immunglobulinmangel IgA, IgG, IgM, unter IgG-Substitution
- 3. Zustand nach gehĤuften Infekten von NasennebenhĶhlen und Mittelohr, dreimalige Operation, wohl im Zusammenhang mit Diagnose 2

4. Fettleber bei Adipositas

Ohne Ber $\tilde{A}^{1}\!\!/_{\!\!4}$ cksichtigung der Immunschw \tilde{A} ¤che k \tilde{A} ¶nne der KI \tilde{A} ¤ger vollschichtig Arbeiten auf

dem allgemeinen Arbeitsmarkt, jedoch nur unter 3 Stunden im erlernten Beruf des Land-schaftsgĤrtners, verrichten. Aufgrund der ImmunschwĤche sei fù¼r die Dauer der COVID Pandemie kein Einsatz im Erwerbsleben ohne zumutbare GefĤhrdung möglich. Ob eine Impfung möglich oder erfolgversprechend sei,

wäre von einem immunologischen Spezialisten zu entscheiden. Bis zum Ende der Pandemie oder einem ausreichenden Impfschutz sei der Kläger nicht erwerbsfähig.

Nach dem Gutachten von B vom 14.05.2021 bestehen folgende GesundheitsstĶrungen:

Auf psychiatrisch-psychosomatischem Fachgebiet:

- Schäxdlicher Gebrauch von Alkohol (bis zu 7 Flaschen Bier am Wochenende, mit Folgeschäxden, leichte Ataxie Fettleber), (ICD 10: FIO,.6)
- Chronische SchmerzstĶrung mit somatischen und psychischen Faktoren (ICD 10: F 45. 41)

Strukturdiagnose:

 Kontrolliert-zwanghafte Bildung der PersĶnlichkeit mit ausreichender individueller Belastbarkeit und KompensationsfĤhigkeit der Struktur

$k\tilde{A}$ ¶rperliche Diagnosen im \tilde{A} □brigen (\tilde{A} ½bernommen):

- Immunmangelsyndrom, Erstdiagnose 2018 mit Immundefektarthritis, beziehungsweise Gelenkbeteiligung der linken Handwurzel (links gröÃ□er als rechts) mit IgG wöchentlich substituiert (siehe Sachverständigengutachten L)
- Â Rezidivierende chronische Sinusitis und Otitis
- Â Alkoholtoxische Fettleber
- Splenomegalie
- Allergische Diathese

Der KlĤger kĶnne noch kĶrperlich leichte TĤtigkeiten von mehr als 6 Stunden tĤglich ohne

Akkord- und Nachtarbeit und ohne GefĤhrdung durch Witterungseinflüsse und Reizstoffe mit

nur durchschnittlicher nervlicher Belastung und durchschnittlichem Arbeits- und Zeitdruck

und Konzentrationsverm \tilde{A} \P gen verrichten. Der Gutachter schloss sich der Auffassung des Zu-

satzgutachters an, dass während der Pandemiezeit eine Erwerbsfähigkeit nicht gegeben sei.

Das Gutachten von K vom 02.05.2023 wýrdigt insbesondere die Erkrankung auf immunologischen Fachgebiet CVID und deren Auswirkungen sowie die daraus resultierenden Folgeerkrankungen Arthritis und Sinusitis. Aufgrund der Arthritis, insbesondere des linken Handgelenkes sei die Mobilität im Hinblick auf die fehlende Möglichkeit zum Autofahren eingeschränkt. Aufgrund der Sinusitis sei

ein dauerhaftes Tragen einer Schutzmaske nicht zumutbar. Der KlĤger sei angehalten, mĶglichst wenige Kontakte zu anderen Menschen zu haben. ZusĤtzliche Noxen oder Reizstoffe seien zu vermeiden. Die volle GebrauchsfĤhigkeit der HĤnde sei auch perspektivisch nicht gegeben. Der KlĤger sei nicht in der Lage selbststĤndig Auto zu fahren und wegen des Infektionsrisikos sollten Ķffentliche Verkehrsmittel gemieden werden. Ebenso sollte Schichtarbeit vermieden werden.

Trotz intensiver therapeutischer Bem $\tilde{A}^{1/4}$ hungen sei zwar eine Stabilisierung jedoch keine zu-

friedenstellende Verbesserung über mehrere Jahre erzielt worden. Es sei daher nicht von

einer Besserung des LeistungsvermĶgens auszugehen, sondern wegen der nicht gĤnzlich zu behandelnden Ursache von einer schleichenden

Verschlechterung. Auch hinsichtlich des AntikĶrpermangels ergĤben sich keine zusĤtzlichen therapeutischen Optionen. Eine TĤtigkeit als Verpacker sei aufgrund der gestĶrten Feinmotorik nicht zumutbar. Eine dauerhafte Belastung beider HĤnde sollte vermieden werden. Eine TĤtigkeit als Telefonist bei adĤquatem Arbeitsweg, besser Home Office, mit entsprechender technischer AusrÄ⅓stung sei denkbar. Es

sei aber darauf hinzuweisen, dass die Infektanf \tilde{A} xlligkeit zu geh \tilde{A} xuften Fehlzeiten f \tilde{A} 1 4hre, so

dass der Einsatz auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt allein durch diese Tatsache kaum $m\tilde{A}$ ¶glich erscheine.

Die genannten EinschrĤnkungen bestĤnden ab September 2017.

Dem Gericht liegen ferner diverse erg \tilde{A} ¤nzende Stellungnahmen vor (von B vom 12.07.2021 und 27.09.2021, von L vom 11.07.2021 und 17.09.2021, von K (Eingang) vom 24.07.2023).

Zu den Einzelheiten des Sach- und Streitstandes wird auf die Prozess- und Beklagtenakten verwiesen, die Gegenstand der Beratung und Entscheidung waren.

Entscheidungsgründe:

Die Kammer konnte ohne m $\tilde{A}^{1/4}$ ndliche Verhandlung entscheiden, weil die Beteiligten dieser Verfahrensweise zugestimmt haben ($\frac{\hat{A}\S 124 \text{ Abs. 2 SGG}}{124 \text{ Abs. 2 SGG}}$).

Die Klage ist zulĤssig.

Die Klage ist auch begründet, denn die angegriffenen Bescheide sind rechtswidrig und verletzen den Kläger in seinen Rechten. Der Kläger hat Anspruch auf eine Rente wegen voller Erwerbsminderung.

GemäÃ∏ <u>§Â 43 Abs. 2 Satz 1</u> Sechstes Buch Sozialgesetzbuch (SGB VI) haben Versicherte bis zum Erreichen der Regelaltersgrenze Anspruch auf Rente wegen voller Erwerbsminderung, wenn sie

- 1. voll erwerbsgemindert sind,
- 2. in den letzten 5 Jahren vor Eintritt der Erwerbsminderung 3 Jahre PflichtbeitrĤge für eine versicherte Tätigkeit oder Beschäftigung entrichtet haben und
- 3. vor Eintritt der Erwerbsminderung die allgemeine Wartezeit erfļllt haben.

Die versicherungsrechtlichen Voraussetzungen gelten in gleicher Weise f $\tilde{A}\frac{1}{4}$ r eine Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung und sind erf $\tilde{A}\frac{1}{4}$ Ilt.

Voll erwerbsgemindert sind gemäÃ∏ <u>§Â 43 Abs. 2 Satz 2 SGB VI</u> Versicherte, die wegen Krankheit oder Behinderung auf nicht absehbare Zeit auÃ∏er Stande sind, unter den ù¼blichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes mindestens 3 Stunden täglich erwerbstätig zu sein. Die medizinischen Anspruchsvoraussetzungen fù¼r eine Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung nach <u>§Â 43 Abs. 1 SGB VI</u> erfordern, dass ein Versicherter nicht mindestens 6 Stunden täglich einsatzfähig ist. Ergänzend fù¼hrt <u>§Â 43 Abs. 3 SGB VI</u> aus, dass nicht erwerbsgemindert ist, wer unter den ù¼blichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes mindestens 6 Stunden täglich erwerbstätig sein kann, wobei die jeweilige Arbeitsmarktlage nicht zu berù¼cksichtigen ist.

Der KlĤger leidet unter Erkrankungen vor allem auf orthopĤdischem und internistischem Fachgebiet, die lĤnger als 6 Monate bestehen und einen leistungsmindernden Dauereinfluss auf die LeistungsfĤhigkeit im Erwerbsleben haben.

Die Kammer folgt insoweit den Feststellungen des Gutachters K, da dieser über eine besondere spezifische Sachkunde für das Krankheitsbild des Klägers verfügt. Nach dessen Feststellungen liegt den Leistungseinschränkungen des KlĤgers ein schwerer Immundefekt zugrunde. Bei den Folgen des genetisch nachgewiesenen schweren Immundefektes handelt es sich um ein heterogenes Krankheitsbild, das zu hĤufigen Infekten aufgrund der Immundysregulation führt und das mit Autoimmunphänomenen verschiedenster Natur verbunden ist. So unterbleibt aufgrund der fehlenden bzw. unzureichenden Antikä¶rperbildung weitgehend die Schutzwirkung von Impfungen (siehe Befundbericht von F vom September 2021 (Bl.206ff der Akte), die auch auf die sehr hohe MortalitÄxtsrateÂ (über 50%) von Patienten hinweist, die aufgrund ihrer Immunschwäche trotz Covid-Impfung mit mRNA-Impfstoff erkrankten.) Die AutoimmunphĤnomene lassen zusĤtzlich bleibende OrganschĤden befļrchten. Da nur eine Substitution mit IgG-Antikörpern möglich ist, verbleibt eine Infektneigung, insbesondere für respiratorische Infektionen, weil die SchleimhautimmunitÄxt gestĶrt ist. Hinzu kommt bei dem Kläger eine Autoimmunarthritis, die sich durch eine dauerhafte Schwellung und Schmerzen im Bereich des linken Handgelenks bei LinkshĤndigkeit mit ausgeprĤgter EinschrĤnkung des tĤglichen Lebens manifestiert. Diese EinschrĤnkung führt nach Auffassung des Gutachters dazu, dass der Kläger nicht mehr in der Lage ist, einen PKW selbststĤndig zu fýhren, wegen des Infektionsrisikos sind dar über hinaus öffentliche Verkehrsmittel zu meiden. Zwar sei eine TÄxtigkeit im Home Office als Telefonist mit entsprechender technischer

Aufr \tilde{A}^{1} /stung denkbar, aufgrund der geh \tilde{A} ×uften Fehlzeiten erscheine aber ein Einsatz auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt kaum m \tilde{A} ¶glich.

Die Kammer hĤlt die Feststellung des Gutachters aufgrund der spezifischen Kenntnisse im Bereich der Immunologie für nachvollziehbar und überzeugend und ist der Auffassung, dass insoweit bei den abweichenden LeistungseinschĤtzungen der Gutachter L und B die KomplexitĤt der LeistungseinschrĤnkungen nicht in vollem Umfang gewürdigt werden konnte. Dass zur EinschĤtzung des Krankheitsbildes eine besondere immunologische Sachkunde erforderlich ist, wird schon an dem Hinweis von L deutlich, der zur EinschĤtzung, ob Impfungen z.B. gegen COVID 19 erfolgversprechend oder möglich seien, auf eine entsprechende immunologische FacheinschĤtzung verweist.

Die vom Gutachter K genannten LeistungseinschrĤnkungen haben die Folge, dass normativ nicht mehr von einer LeistungsfĤhigkeit fļr den allgemeinen Arbeitsmarkt unter den ļblichen Bedingungen auszugehen ist.

Unter den â∏üblichen Bedingungenâ∏ i.S. des <u>§Â 43 SGB VI</u> ist das tatsÃxchliche Geschehen auf dem Arbeitsmarkt und in den Betrieben zu verstehen, d.h. unter welchen Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt die Entgelterzielung üblicherweise tatsächlich erfolgt. Hierzu gehören sowohl rechtliche Bedingungen, wie etwa Dauer und Verteilung der Arbeitszeit, Pausen- und Urlaubsregelungen, Beachtung von Arbeitsschutzvorschriften sowie gesetzliche und tarifvertragliche Vorschriften, als auch tatsAxchliche UmstAxnde, wie z.B. die fA¼r die Ausýbung einer VerweisungstÃxtigkeit allgemein vorausgesetzten Mindestanforderungen an KonzentrationsvermĶgen, geistige Beweglichkeit, StressvertrĤglichkeit und Frustrationstoleranz (vgl. z.B. Zweng/Scheerer/Buschmann/Dörr, Handbuch der Rentenversicherung â∏ SGB VI, a.a.O. Rn 86 ff, Stand September 2009). Ã\| blich sind Bedingungen, wenn sie nicht nur in Einzel- oder AusnahmefÄxllen anzutreffen sind, sondern in nennenswertem Umfang und in beachtlicher Anzahl (BSG, Urteil vom 19. Oktober 2011 â∏ B 13 R 78/09 R â∏, BSGE 109, 189-199, SozR 4-2600 §Â 43 Nr 16, Rn. 29). So hat das BSG entschieden, dass das Risiko einer häufigen Arbeitsunfähigkeit dann zu einer Erwerbsminderung führen kann, wenn feststeht, dass die (vollständige) Arbeitsunfähigkeit so häufig auftritt, dass die während eines Arbeitsjahres zu erbringenden Arbeitsleistungen nicht mehr den Mindestanforderungen entsprechen, die ein â∏vernünftig und billig denkender Arbeitgeberâ∏ zu stellen berechtigt ist, so dass eine Einstellung oder Weiterbeschägftigung eines solchen Versicherten auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt praktisch ausgeschlossen ist und dies somit den â∏unüblichen Arbeitsbedingungenâ∏ zugeordnet werden kann. (Klein in: Schlegel/Voelzke, jurisPK-SGB II, 5. Aufl., §Â 8 (Stand: 27.06.2022), Rn. 39 m.w.N.) Verallgemeinert bedeutet dies, dass jedenfalls dann, wenn ein â∏vernünftig und billig denkender Arbeitgeberâ∏ einen solchen Arbeitnehmer aufgrund der gesundheitlichen BeeintrÄxchtigungen zu erwartenden quantitativen und qualitativen Minderleistungen oder fehlender IntegrationsfĤhigkeit in die üblichen betrieblichen Abläufe entweder gar nicht erst einstellen würde oder aber berechtigt wĤre, ihn (weil die fehlende LeistungsfĤhigkeit oder das

Verhalten nicht subjektiv vorwerfbar, sondern behinderungsbedingt sind) personenbedingt sozial gerechtfertigt zu $k\tilde{A}\frac{1}{4}$ ndigen, eine Leistungsf \tilde{A} xhigkeit zu den $\tilde{A}\frac{1}{4}$ blichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes nicht mehr vorliegt.(SG Nordhausen, Urteil vom 15. Dezember 2022 \hat{A} \hat

Im vorliegenden Fall ist aufgrund der erhöhten Infektanfälligkeit in einem AusmaÃ□ von häufigen Kurzzeiterkrankungen auszugehen, die einem vernünftig und billig denkenden Arbeitgeber nicht mehr zumutbar sind.

Zu dem gleichen Ergebnis kommt man unabhĤngig von dem Vorliegen hĤufiger Kurzzeiterkrankungen auch unter dem Gesichtspunkt einer â∏Summierung ungewĶhnlicher LeistungseinschrĤnkungen.â∏

Das Merkmal der \hat{a}_{∞} Summierung ungew \tilde{A} nhnlicher Leistungseinschr \tilde{A} xnkungen \hat{a}_{∞} tr \tilde{A} xgt dem Umstand Rechnung, dass auch eine Mehrzahl von Einschr \tilde{A} xnkungen, die jeweils nur einzelne Verrichtungen und Arbeitsbedingungen betreffen, zusammengenommen \hat{a}_{∞} ohne im Einzelnen oder auf den ersten Blick ungew \tilde{A} nhnlich zu sein \hat{a}_{∞} das noch m \tilde{A} gliche Arbeitsfeld in erheblichem Umfang zus \tilde{A} xtzlich einengen k \tilde{A} nnen. In diesen F \tilde{A} xllen kann nicht ohne weiteres davon ausgegangen werden, dass auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt f \tilde{A} 1/4r die an sich noch m \tilde{A} gliche mindestens sechsst \tilde{A} 1/4ndige T \tilde{A} xtigkeit eine ausreichende Anzahl von Arbeitspl \tilde{A} xtzen vorhanden ist. Es kommen vielmehr ernste Zweifel daran auf, ob der Versicherte mit dem ihm verbliebenen Leistungsverm \tilde{A} gen in einem Betrieb \tilde{A} 1/4berhaupt einsetzbar ist. Eine Verweisungst \tilde{A} xtigkeit ist daher in solchen F \tilde{A} xllen zu benennen (so. z.B. Landessozialgericht Sachsen-Anhalt, Urteil vom 09. September 2010 \hat{a} 1 L 10 KN 5/06 \hat{a} 1, Rn. 78, juris).

Anerkannt sind nach der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts z. B. besondere Schwierigkeiten hinsichtlich der Gewöhnung und Anpassung an einen neuen Arbeitsplatz sowie in Verbindung mit anderen Einschränkungen, etwa Beschränkungen der Arm- und Handbewegungen oder das Erfordernis, zwei zusätzliche Arbeitspausen von je 15 Minuten einzulegen oder halbstýndig zwischen Sitzen und Gehen zu wechseln. MaÃ \Box stab sind dabei die tatsächlichen Verhältnisse der Arbeitswelt, insbesondere die dort an Arbeitnehmer gestellten Anforderungen (so z.B. Landessozialgericht Sachsen-Anhalt, Urteil vom 09. September 2010 â \Box L 10 KN 5/06 â \Box , Rn. 77 â \Box 78, juris unter Bezugnahme auf die Rechtsprechung des BSG).

Eine Summierung von ungewöhnlichen Leistungseinschränkungen ist vorliegend allein schon durch den Umstand bedingt, dass der Kläger gehalten ist, den Kontakt mit anderen Menschen weitgehend zu meiden und durch die sehr eingeschränkte Einsatzbarkeit seiner linken Hand bei Linkshändigkeit. Aufgrund der letztgenannten Einschränkung kann der Kläger die benannte Verweisungstätigkeit â∏Verpacker von Kleinteilenâ∏ nicht mehr ausüben. Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang dass, dass eine solche Tätigkeit mit einer dauerhaften Belastung beider Hände verbunden ist, die von dem Gutachter K ausgeschlossen wurde.Â

Zwar hat der Gutachter K mitgeteilt, dass TĤtigkeiten eines Telefonisten im Home Office grundsĤtzlich denkbar sind, die von der Beklagten gewĤhlte VerweisungstĤtigkeit eines Telefonisten sowie die zugrundeliegende TĤtigkeitsbeschreibung genļgt den Anforderungen an eine VerweisungstĤtigkeit nicht.

Die eingeschrĤnkte Verweisbarkeit erfordert, dass mindestens eine in Betracht kommende VerweisungstÄxtigkeit konkret bezeichnet werden muss. Es muss ein typischer Arbeitsplatz benannt werden, einzelne Arbeiten oder ArbeitsvorgĤnge anzugeben, genügt nicht. Die typisierende Beschreibung des Arbeitsinhalts muss erkennen lassen, welche Anforderungen an das LeistungsvermĶgen sowie an die Kenntnisse und FĤhigkeiten der Versicherten gestellt werden. So muss z.B. für den Bereich der Kontroll- und ̸berwachungstätigkeiten die Art der zu kontrollierenden GegenstĤnde, die zu ļberwachenden VorgĤnge und die Gestaltung des jeweiligen Arbeitsplatzes genau beschrieben werden. Die TÃxtigkeiten in diesem Bereich sind zu unterschiedlich, als dass mit allgemeinen Formeln auf einen ganzen Komplex von TÄxtigkeiten verwiesen werden kann. Auch die Verweisung auf TĤtigkeiten nach einer bestimmten Vergļtungsgruppe z.B. des TV̸D (früher BAT) reicht nicht aus. (Nazarek in: Schlegel/Voelzke, jurisPK-SGB VI, 3. Aufl., <u>§Â 240 SGB VI</u> (Stand: 01.04.2021), Rn. 99, siehe SG Nordhausen, Urteil vom 15. Dezember 2022Â â Π S 20 R 1915/18Â â Π , Rn. 16 â Π 29, juris). Die TÄxtigkeitsbeschreibung beruft sich auf berufskundliche Erkenntnisse aus den Jahren vor 2002, die mittlerweile über 20 Jahre alt sind vergleiche Blatt 395 der Akte) und dem organisatorischen und technischem Wandel der Arbeitswelt nicht ausreichend Rechnung tragen. A Ob das Berufsbild, bei dem der wesentliche Arbeitsinhalt das Bedienen von Fernsprechnebenstellenanlagen zur Herstellung der Verbindung zwischen Amtsleitung und Nebenstellen ist, wie in der Tätigkeitsbeschreibung dargestellt, noch im nennenswerten MaÃ∏ der Realität entspricht, erscheint zweifelhaft. Nicht jeder Arbeitnehmer, der ein Telefon im Rahmen seiner beruflichen TÄxtigkeit bedient, ist ein Telefonist. Die genannten TÃxtigkeiten sind z.B. im Bereich der Justiz auch TeiltÃxtigkeiten der GeschĤftsstellen und der Wachtmeisterei. Teilweise werden die TĤtigkeiten auch von Call-Center Mitarbeitern ausgefļhrt. Dieser Beruf ist aber nicht benannt worden und zudem hinsichtlich der Anforderungen sehr heterogen. Unklar ist in diesem Zusammenhang, welche weiteren Fachkenntnisse im diesem Zusammenhang notwendig und welche Ausbildung oder Einarbeitungszeit jeweils erforderlich ist. Es reicht insoweit nicht, den KlÄxger auf ein diffuses Berufsfeld zu verweisen, in dessen Rahmen må¶glicherweise einige Arbeitsplåxtze leidensgerecht sein kA¶nnten. Von der Benennung eines Verweisungsberufs ist nach Auffassung der Kammer zu fordern, dass die Verweisung hinreichend konkret ist, um einerseits dem Rentenantragsteller eine Orientierung fýr eine konkret anzustrebende berufliche TÄxtigkeit zu geben und andererseits im gerichtlichen Rechtsschutz eine ̸berprüfung der Angemessenheit der Verweisungstätigkeit zu ermĶglichen. Vor diesem Hintergrund ist auch zu fordern, dass eine konkrete Bezeichnung benannten TÄxtigkeit, im Sinne eines feststehenden Begriffs existiert, die die geforderte ̸berprüfung und Orientierung zulässt, d.h. dass eine Subsumtion der TÄxtigkeitsbeschreibung und der Anforderungen unter den Begriff der benannten TÄxtigkeit mĶglich ist.

Sofern sich eine konkrete andere VerweisungstĤtigkeit nicht aufgrund gerichtsbekannter UmstĤnde aufdrĤngt, ist es nach Auffassung der Kammer nicht Aufgabe des Gerichts, im Wege umfangreicher berufskundlicher Beweiserhebungen das gesamte Spektrum beruflicher TĤtigkeiten dahingehend abzuprüfen, ob eine VerweisungstĤtigkeit in ausreichender Zahl an Arbeitsstellen existiert. Mit der rechtlichen Aufgabenzuweisung der Gerichte zur Ä□berprüfung von Verwaltungsentscheidungen ist eine umfassende Ersatzvornahme behördlicher Aufgaben nicht vereinbar.

Da bei dem immunologischen Krankheitsbild eine Besserung nicht zu erwarten ist, da auÄ er Ľber die IgG Substitution hinaus eine die Ursachen der immunologischen Erkrankung bekÄ mpfende Therapie nach dem gegenwÄ rtigen Wissenschaftsstand nicht zur VerfÄ ½gung steht und darÄ ½ber hinaus weitere OrganschÄ den und Verschlechterungen zu befÄ ¼rchten sind, besteht keine konkrete MÄ glichkeit der Besserung des LeistungsvermÄ gens. Da diese unwahrscheinlich ist, ist die Rente unbefristet zu gewÄ hren. Die LeistungseinschrÄ nkungen lagen auch zum Zeitpunkt der Antragstellung vor, zumal zu diesem Zeitpunkt der KlÄ ger durch die Coronapandemie einer erheblich gesteigerten Gefahr einer tÄ dlichen Erkrankung ausgesetzt war.

Die Kostenentscheidung folgt aus <u>§ 193 SGG</u>.

Erstellt am: 20.02.2024

Zuletzt verändert am: 23.12.2024